

Giftgrasfachgeschäft?!

Die Politik und die Drogen

Kamelmist, Sand, Klebstoff, neuerdings auch Blei. Drogen werden mit allem möglichen Müll gestreckt, damit beim Verkäufer die Gewinne sprudeln. Die Bundesregierung sieht das nicht als Problem, schließlich seien Drogen ja verboten und man solle es eben lassen.

Auch Selbsthilfe wie Drug-Checking ist kaum möglich, weil sie in einer rechtlichen Grauzone operiert.

Wir diskutieren über Alternativen zur Drogenverbotspolitik, z.B. das Konzept der Drogenfachgeschäfte des GJ-Bundesverbandes.

Die Situation

Fast alle in Deutschland erhältlichen illegalisierten Drogen sind mehr oder weniger gestreckt. Bei Haschisch werden dazu v.A. Wachs, Fett, Henna, oder Sand, bei Marihuana u.A. Hopfen, Brennesseln oder Oregano verwendet.

All das ist nicht ungefährlich, wenn es verbrennt; es geht aber noch schlimmer: inzwischen werden immer häufiger auch Stoffe wie Autoreifenreste, Klebstoff und zuletzt Blei verwendet.

Eine Bleivergiftung durch verseuchtes Gras ist besonders gravierend, weil das Schwermetall beim Rauchen verdampft und über die Lunge sofort im ganzen Körper verteilt wird. Ein Teil setzt sich in den Knochen ab; dadurch entstehen gleichzeitig die Symptome einer akuten (Darmkrämpfe -> Bauchschmerzen, Hautverfärbung) wie einer chronischen Bleivergiftung (Müdigkeit, Appetitlosigkeit, Lähmungen, nachlassende Hirnleistung).

Bei anderen Drogen ist die Situation ähnlich; hier kommt noch die Gefahr einer versehentlichen Überdosierung durch unerwartet reinen „Stoff“ hinzu.

Drogenpolitik derzeit

Momentan beschränkt sich Drogenpolitik v.A. auf Repression. Ziel ist es, Angebot und Nachfrage an Drogen zu senken um so Abhängigkeit zu verhindern; Leitbild ist die drogenfreie Gesellschaft.

Die wenigen vorliegenden Daten deuten aber an, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Härte der Repression und der Anzahl der KonsumentInnen gibt. So ist z.B. in Frankreich sogar der Konsum von Drogen illegalisiert, wobei nicht zwischen „harten“ und „weichen“ Drogen unterschieden wird; dennoch wird dort mehr gekiffert als in den Niederlanden, in denen Cannabis quasi legal ist.

In den Niederlanden haben ca. 11.8% der 15-34-jährigen (16.9% der 15-24-jährigen) innerhalb der letzten 12 Monate Cannabis konsumiert; in Deutschland 14.6% bzw. 22.1%. [F 19.7%/28%, ES 20.1/24%, EU-Durchschnitt 7%; Jahresbericht Drogenproblematik in Europa].

Die Repressionspolitik gegenüber Drogen erreicht also ihre selbst gesteckten Ziele offensichtlich nicht.

Probleme derzeitiger Drogenpolitik

Dabei verursacht sie aber eine ganze Reihe von Problemen. Neben den oben erwähnten Verunreinigungen sorgt sie dafür, dass Drogen nur über den Schwarzmarkt erhältlich sind. Drogengelder fließen in dunkle Kanäle und finanzieren mafiöse Strukturen, Warlords in Afghanistan und TerroristInnen auf der ganzen Welt.

KonsumentInnen mit Problemen werden durch die Angst vor Strafverfolgung daran gehindert, Hilfe zu suchen; Suchtkranken bleiben Therapiemöglichkeiten verwehrt.

Durch unsauberes Drogenbesteck (insbes. bei injiziertem Heroin) wird weitaus größerer Schaden angerichtet als durch die Droge selbst; ebenso durch die soziale Isolierung von Betroffenen. Erfahrungen mit Heroinabgabeprogrammen an untherapierbar Schwerstabhängige zeigen, dass diese selbst mit regelmäßigem Drogenkonsum eine deutlich höhere Lebensqualität und -erwartung erreichen, wenn sie diesen nicht durch Kriminalität finanzieren und mit schlechtem Stoff ausleben müssen.

Durch die generelle Verfolgung gibt es keine Differenzierung zwischen erwachsenen und jugendlichen KonsumentInnen; da die Drogen für alle gleich illegal sind besorgen sie sie sich auf den selben Wegen.

Der massive Repressionsapparat bindet finanzielle und personelle Mittel, die einer vernünftigen Drogenpräventionspolitik ebenso wie zur Verfolgung „wirklicher“ Verbrechen fehlen.

Lösungsansatz: Entkriminalisierung

Da die Repression gegenüber Drogen offensichtlich keine Wirkung zeigt stellt sich die Frage, warum sie überhaupt noch aufrecht erhalten wird. (Natürlich v.A. aus ideologischen Gründen!)

Durch die Entkriminalisierung von Drogen entfallen die oben genannten Nachteile. Durch eine kontrollierte Abgabe können die bisherigen Schwarzmarktgewinne in Form einer Steuer eingezogen werden; gleichzeitig entzieht dies dem Schwarzmarkt die Grundlage.

VerbraucherInnenschutz würde möglich; ebenso aktive Bildung über Drogen, die über ein „sind bööse, lasst das bloß sein“ hinausgeht.

Konzept: Drogenfachgeschäft

Nach diesem Konzept der Grünen Jugend werden alle Drogen (einschließlich der derzeit legalen wie Alkohol und Nikotin) ausschließlich von geschulten FachverkäuferInnen in ausgewiesenen Geschäften, Kneipen, Cafés etc. verkauft.

Werbung sowie der nicht persönliche Verkauf (Automaten, Internet) werden verboten. Angebote zur Beratung und Prävention werden massiv ausgebaut; die Mittel dafür stehen durch die Besteuerung der Drogen reichlich zur Verfügung.

Da dem Schwarzmarkt die Grundlage entzogen wird ist es für Kinder und jugendliche zumindest schwerer als bisher möglich, an Stoff zu gelangen.

Durch die kontrollierte Qualität gehören Vergiftungen durch Streckmittel und versehentliche Überdosierungen der Vergangenheit an. Beipackzettel informieren über Zusammensetzung, (Neben-)Wirkungen und Risiken des Konsums ebenso wie die DrogenfachverkäuferInnen.

Die konkrete Form des Drogenfachgeschäftes kann vielfältig sein: vom nüchternen Verkaufsraum über das Chill-Out-Café bis zur Disco ist alles möglich; soll es Konsummöglichkeiten vor Ort geben sind entsprechende Sicherheitsvorkehrungen zu treffen.

Begleitende Maßnahmen

Neben der Einführung von Drogenfachgeschäften muss die Entkriminalisierung von Drogen mit einer Verbesserung der Drogenmündigkeit ebenso wie der Förderung von Lebenskompetenz, also der grundsätzlichen Vermeidung von Drogenmissbrauch, einhergehen. Diese muss insbesondere in Kindheit und Jugend erfolgen.

Darüber hinaus müssen aber auch Informationen zu Drogen und ihrem Konsum vorhanden, vollständig und richtig sein.

Abhängige können sich ohne Angst vor Strafverfolgung in Behandlung begeben; ÄrztInnen steht ein weitaus breiteres Spektrum an Behandlungsmöglichkeiten als heute zur Verfügung.

Grenzen alternativer Drogenpolitik

Keine Drogenpolitik kann alle Drogenprobleme lösen. Missbrauch und Abhängigkeit wird es immer geben; die entscheidende Frage ist aber, wie den Betroffenen geholfen werden und das Abrutschen weiterer in die Abhängigkeit vermieden werden kann.

Die derzeitige Drogenpolitik kann das nicht leisten; das Drogenfachgeschäft bietet hier zumindest einen Ansatz gegen Schäden durch schlechten Stoff, mangelnde Information und Repression.

Aufschrieb: Matthias Rampke, 22.11.2007